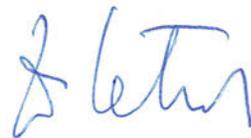


- 1. Juli 1969

30. Juni 1969

120.7

N o t i z an Herrn Bundesrat SchaffnerEuropäische Sicher-
heitskonferenz

Herr Bundesrat,

Zu den Problemen, die mit einer eventuellen europäischen Sicherheitskonferenz zusammenhängen, ist meine Stellungnahme im Hinblick auf die Sitzung des Bundesrates vom 9. Juli die folgende:

1. Man kann den von den Warschaupaktstaaten seit dem Budapest Appell vom 17. März 1969 stark in den Vordergrund gerückten Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz einer statischen und einer dynamischen Betrachtung unterziehen. Die statische Betrachtungsweise führt dazu, hierin vor allem - um nicht zu sagen ausschliesslich - den Ausdruck des Bestrebens der Sowjetunion und ihrer Satelliten zu erblicken, den status quo der Grenzen und der Machtverhältnisse in Europa zu sanktionieren. Ich zweifle im übrigen nicht daran, dass dies wirklich das einzige Motiv des Ostens für die neuerliche Poussierung der Idee der Sicherheitskonferenz ist. Betrachtet man die Situation ausschliesslich aus diesem Gesichtswinkel, so ist die von der Schweiz - im Gefolge der Reaktion vieler anderer Länder ausserhalb des kommunistischen Machtbereiches - an den Tag gelegte Vorsicht gewiss am Platze, wie auch das Insistieren darauf, dass die Konferenz nur einberufen werden sollte, wenn eingehende Vorbereitungsarbeiten ihren Erfolg sozusagen von vornherein sichern. Dann ist es auch richtig, dass wir uns nicht darum bemühen, die Konferenz nach Genf zu



bekommen, sondern Finnland, das Helsinki als Tagungsort bereits angeboten hat, in keiner Weise entgentreten. Unter allen Umständen richtig sind unsere Vorbehalte mit Bezug darauf, dass wir als ein am zweiten Weltkrieg nicht beteiligtes Land uns auch an den Diskussionen über die endgültige Grenzziehung oder, allgemein ausgedrückt, über alles, was zum Substitut eines Friedensvertrages gehören würde, nicht zu äussern haben.

2. Ich würde jedoch finden, dass eine dynamische Betrachtungsweise nicht von vornherein ausgeschlossen sein sollte. Sie hätte an die allgemeine Erfahrung anzuknüpfen, dass in der Vergangenheit manche grosse politische Konferenz zu etwas ganz anderem geworden ist, als ihre ursprüngliche Zweckbestimmung vorsah. So würde ich es nicht als ausgeschlossen betrachten, dass eine angriffige und phantasievolle Taktik auf westlicher Seite in die Beratungen Elemente einführen könnte, die der Osten von sich aus niemals vortragen würde. Ich denke dabei an die Liberalisierung des Austausches zwischen West- und Osteuropa auf allen Gebieten, insbesondere auch dem geistigen und kulturellen; die Freizügigkeit im Reisen, vor allem für die europäische Jugend in West und Ost. Doch damit nicht genug. Es wäre zu versuchen, den osteuropäischen Ländern eine gewisse Beteiligung an der zu erwartenden Wiederaufnahme der politischen Diskussion in Europa zu sichern, dies unter dem Titel "Wahrung gesamteuropäischer Interessen". Es gälte mit andern Worten, im Rahmen einer europäischen Sicherheitskonferenz die Bildung des europäischen Gegenstücks zu dem einzuleiten, was die ebenfalls zu erwartende Verhandlung eines Modus vivendi zwischen den beiden Supermächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, bringen wird. Man könnte, allgemein ausgedrückt, auch sagen, dass je nach ihrer Entwicklung eine europäische Sicherheitskonferenz - die Anwendung überlegener Staatskunst vorausgesetzt - der Wiederherstellung einer Art europäischen Gleichgewichtes oder, im besten Fall, eines euro-

- 3 -

päischen Staatensystems im traditionellen Sinne, aber in einer modernen Ausprägung, Hilfsdienste zu leisten vermöchte. An einer solchen Entwicklung aber wäre die Schweiz natürlich in hohem Grade interessiert. Namentlich könnte sie hierin eine Chance erblicken, ihre Sonderposition als immerwährend neutraler Staat, dessen Existenz und dessen Politik aber - wie in den Wiener und Pariser Verträgen von 1815 bekräftigt - im Interesse ganz Europas (und heute der Welt überhaupt) liegt, feierlich und schriftlich erneut verankert zu sehen. Es ist ohne weiteres zuzugeben, dass diese zweite Betrachtungsweise etwas phantasievoll scheinen mag und in den höchst nüchternen Bestrebungen, welche den östlichen Vorstoss ausschliesslich motivieren, keine Stütze findet. Aber ich wiederhole: Das Unternehmen einer Konsolidierung des gesamteuropäischen Staatensystems sollte weder in der Form noch im Inhalt noch auch in den organisatorischen Vorbereitungen ausschliesslich dem Osten vorbehalten bleiben. Es würde sich mit andern Worten darum handeln, auf den östlichen Vorstoss nicht nur mit der sicher sehr angezeigten Vorsicht zu reagieren, sondern auch die Möglichkeiten einer Aktion der ausserhalb des sowjetischen Machtbereiches stehenden Länder in die gedankliche Auseinandersetzung einzubeziehen. Dass hierfür die Initiative nicht vor allem bei der Schweiz zu liegen hätte, ist selbstverständlich. Unser Land muss aber sehr wünschen, dass der gegenwärtige Zustand westlich der Oder-Neisse-Linie, der namentlich auch durch die sozusagen völlige Abwesenheit grosser staatsmännischer Talente gekennzeichnet ist, überwunden wird. Die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz ist hierfür ein interessanter Prüfstein.



Beilage: Dokumentation